

# «Andere wollen vielleicht erfahren, wie das Volk darüber denkt»

Der Landtag steht Ende August vor der Frage, ob er die einfache Initiative zu einer Volksabstimmung freigibt. Knapp 1600 Menschen haben mit ihrer Unterschrift signalisiert, dass sie wollen, dass die Initiative zur Abstimmung kommt. Politologe Wilfried Marxer spricht über die Vor- und Nachteile dieses demokratischen Instruments.

von Barbara Jehle\*

**Zur Wahl der Form der einfachen Initiative der Freien Liste zu erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien gab es Kritik. Die Freie Liste möchte eine Systemumstellung bei der Prämienbelastung: Wie dies im Detail geregelt wird, ist auszuhandeln. Regierung und Landtag können ihre Ideen und ihre Erfahrung einbringen. Die Freie Liste sagt, dass diese Offenheit viele Vorteile hat. Können Sie diesem Argument folgen?**

**Wilfried Marxer:** Eine einfache Initiative hat zunächst den Charakter einer Anregung. Der Vorteil für die Initianten liegt darin, dass sie sich nicht um die exakte Formulierung neuer Gesetzesartikel kümmern müssen. Dies würde die Initianten mitunter überfordern, also überlässt man das dem Gesetzgeber, falls der Initiative vom Volk zugestimmt wird. Der Nachteil ist allerdings, dass es dem Landtag überlassen ist, ob er die Initiative überhaupt zu einer Volksabstimmung bringt. Er kann sie auch von sich aus ohne Volksabstimmung ablehnen.

**Initiativen wie die der Wirtschaftskammer werden wegen Details zu einzelnen Artikeln kritisiert, an der nach einer gewonnenen Abstimmung nichts mehr geändert werden kann. Welche Form ist wohl erfolgsversprechender?**

Wenn die Initianten genau wissen, was sie im Gesetz stehen haben wollen, geben sie einer formulierten Initiative sicher den Vorzug. Entweder stimmt der Landtag nach erfolgreicher Unterschriftensammlung der Initiative zu, sonst kommt es automatisch zu einer Volksabstimmung. Falls das Volk der Initiative mehrheitlich zustimmt, ist dies für den Landtag verbindlich. Voraussetzung ist, dass der Fürst seine Sanktion erteilt.

**In der Schweiz sind Volksinitiativen sehr häufig offen formuliert, was als «normal» angesehen wird.**

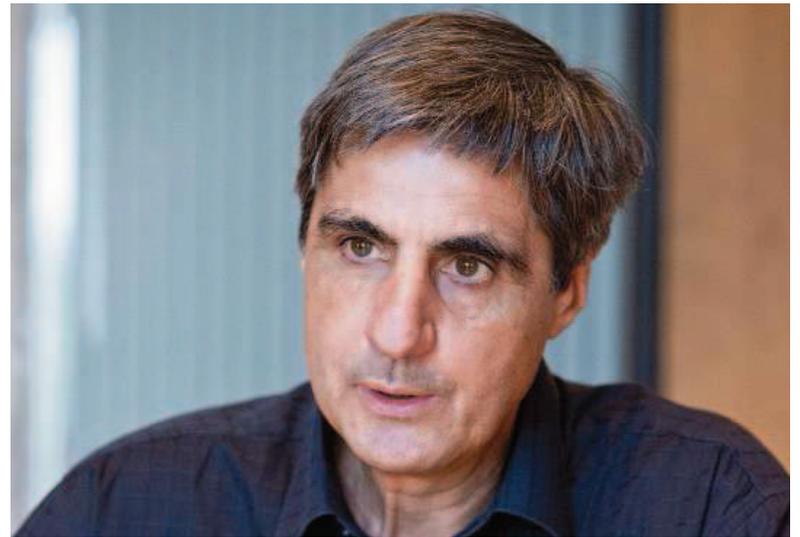
In der Schweiz können auf Bundesebene nur Volksinitiativen zur Abänderung der Verfassung lanciert werden. Insofern bleibt meist noch Handlungsspielraum, da die neue Verfassungsbestimmung gesetzgeberisch oder durch die Anpassung von Staatsverträgen umgesetzt werden muss. Die Umsetzung der Initiative «Gegen Masseneinwanderung», die in der Volksabstimmung im Februar 2014 knapp angenommen wurde, ist ein gutes Beispiel. Innerhalb von drei Jahren, also bis im Februar 2017, muss die Umsetzung erfolgen. Hierzu gibt es bekanntlich eine intensiv geführte innenpolitische Debatte und schwierige Verhandlungen mit der Europäischen Union.

**Haben Sie eine Vermutung, warum bisher in Liechtenstein erst einmal in den 1990er-Jahren von einer einfachen Initiative Gebrauch gemacht worden ist?**

Für eine einfache Initiative braucht es gleich viele Unterschriften wie für eine formulierte Initiative. Wenn man also genau weiss, wie ein Gesetz ausgestaltet sein soll, ist es zielführender, eine formulierte Initiative zu starten. Dies war bisher bei 43 von 45 Initiativen seit 1925 der Fall.

**Machen die Liechtensteiner im Vergleich zu anderen direkten Demokratien häufig vom Initiativ- und Referendumsrecht Gebrauch?**

Liechtenstein gehört zu den Staaten mit gut ausgebautem Instrumentarium an direktdemokratischen Rechten sowie einer relativ intensiven Praxis. Mit Abstand führend, gemessen an der Zahl an Volksabstimmungen, ist die Schweiz. Dahinter folgen Staaten wie Italien, Uruguay oder eben Liechtenstein. In der Schweiz werden Initiativen häufig lanciert, um ein Thema auf die politische Agenda und in die öffentliche Diskussion zu bringen. Dementsprechend sind die Erfolgsaussichten relativ gering, im Unterschied zu Liechtenstein, wo rund ein Drittel der Initiativen an der Urne eine Mehrheit finden.



Politologe Marxer: «Vielleicht kommt alles anders als erwartet.»

FOTO:ARCHIV

**Auf welcher Basis fällen die Abgeordneten ihre Entscheidung, ob sie die Initiative für eine Volksabstimmung freigeben?**

Das muss man die Abgeordneten fragen, die ihr Mandat gemäss Verfassung «einzig nach ihrem Eid und ihrer Überzeugung» ausüben. Man muss wissen, dass der Gesetzgeber eine Vorlage im Sinne der einfachen Initiative ausarbeiten muss, falls diese in der Volksabstimmung mehrheitlich angenommen wird. Wenn Abgeordnete dies nicht riskieren wollen, werden sie wohl eher gegen eine Volksabstimmung sein. Andere wollen vielleicht erfahren, wie das Volk in dieser Sache denkt.

**Bei der Win-Win-Initiative zur Pensionskasse für das Staatspersonal wurde von Gegnern kritisiert, dass die Materie zu komplex für eine Volksabstimmung sei. Ist das Argument der Komplexität Ihrer Ansicht nach ein triftiges Argument, um eine Materie nicht dem Volk vorzulegen?**

Nein. Im Zuge der Abstimmungskampagne sollte allerdings möglichst nachvollziehbar werden, was der Inhalt einer Vorlage ist und mit welchen Konsequenzen zu rechnen ist. Da gehen die Meinungen meist auseinander und es entwickelt sich ein Austausch an Argumenten, so dass sich die Stimmbürger eine Meinung bilden können. Man kann sich

auch an Empfehlungen der Parteien, Verbände oder von Vertrauenspersonen orientieren. Vielleicht kommt am Schluss alles anders als erwartet, aber das ist bei Landtagsentscheidungen auch der Fall.

**David Cameron hat die Frage nach dem EU-Austritt auch dem Volk vorgelegt, obwohl er Verfechter des Status quo ist: Cameron hat verloren. Welchen Nutzen haben Regierungen und Parlamentarier, wenn sie eine Entscheidung dem Volk überlassen?**

Was Cameron gemacht hat, war ein Plebiszit, kein direktdemokratisches Verfahren, das von unten, also vom Volk ausgelöst wird. Ein solches Referendum von oben wird häufig instrumentalisiert, um die eigene Position in der Partei, in der Regierung oder gegenüber der Opposition zu festigen, da man im Falle einer Zustimmung mit der Unterstützung des Volks argumentieren kann. Logischerweise wird ein solches Plebiszit am liebsten eingesetzt, wenn man mit einem Sieg rechnet. Cameron hat sich verspekuliert. Die Unterstützung des Volkes in einem von oben angeordneten Referendum kann aber auch als Druckmittel gegenüber anderen Staaten eingesetzt werden. Der ungarische Ministerpräsident liefert hierzu aktuell Anschauungsunterricht.

**\*Barbara Jehle ist freie Journalistin, Gymnasiallehrerin, und ist für das «Weiss Magazin» tätig.**

## PERSÖNLICH

→ **Wilfried Marxer** ist Direktor und Forschungsleiter Politikwissenschaft am Liechtenstein-Institut.